

Haushaltsrede GR-Sitzung am 1. Dezember 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor knapp 27 Jahren habe ich in diesem Saal meine erste Haushaltsrede gehalten. Mein Kernsatz damals war: „Die GAL lehnt diesen Haushalt ab.“ Nach vier Stunden Beratungsmarathon hatten wir – zusammen mit den Fraktionen der SPD und der Liberalen Demokraten – so viele Änderungsanträge durchgebracht, dass wir dem Haushalt zugestimmt haben. Ein halbes Jahr später, im Juni 1990, ist OB Reinhold Zundel vorzeitig zurückgetreten, weil es sich nicht mehr um seinen Haushaltsplan gehandelt hat.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass sich dieser Vorgang heute in keiner einzigen Beziehung, in gar keiner Beziehung wiederholen wird. Es lohnt sich aber, daran zu erinnern: Denn damals wurde der Weg begonnen, die neu entstandenen sozialen und kulturellen Initiativen und Vereine in des städtische Haushaltssystem einzubeziehen. Der Widerstand dagegen war groß und ist auch heute noch zu spüren. Aber seither gehen wir diesen Weg in grundsätzlicher Einmütigkeit weiter. Ohne die vielen ehrenamtlich oder auch professionell engagierten Bürgerinnen und Bürger können wir uns das kommunale Geschehen gar nicht mehr vorstellen.

Im Folgenden will ich die Haushaltsanträge der Fraktion GAL/PE vorstellen. Diese Anträge entsprechen den Schwerpunkten unserer Arbeit und haben zum Ziel, Akzente für die beiden kommenden Jahre zu setzen. Sie entsprechen in ihrem Volumen der homöopathischen Größe unserer Fraktion. Aber Sie wissen alle: Auch eine kleine Dosis kann große Wirkung haben.

1. Etwas erschreckt hat uns die Höhe der Aufstockungswünsche der freien Einrichtungen und Gruppen. Im Kulturbereich summieren sie sich etwa auf mehr als eine Mio. Euro pro HH-Jahr. Hier mischen sich natürlich gut begründete mit weit überzogenen Anträgen. Existenzielle Not herrscht nirgendwo. Die Fortschreibung der Zuschusshöhen bewirkt allerdings eine allgemeine Auszehrung. Wir schlagen deshalb für diesen Doppelhaushalt einen anderen Weg vor: Eine einheitliche Erhöhung aller Zuschüsse unterhalb von 100.000 Euro im Jahr um 2,5 %. Berücksichtigt haben wir alle Aufstellungen in den Teilhaushalten 15 (Bürgeramt), 16 (Chancengleichheit), 41 (Kultur) und 50 (Soziales und Senioren). In der Summe handelt es sich um ein Volumen von rund 65.000 Euro pro Haushaltsjahr. Der Zweck ist Bestandssicherung und ein gewisser Inflationsausgleich. Den Einrichtungen mit Zuschüssen ab 100.000 Euro sollten Verträge angeboten werden, die einen Ausgleich der steigenden Personalkosten vorsehen. Teilweise ist das bereits geregelt, aber eben nicht in allen Bereichen.

2. Im Kulturbereich wollen wir drei Verbesserungen erreichen: Die Sammlung Prinzhorn soll den Weg ihrer räumlichen Erweiterung weiter gehen können. Akut sind dafür 30.000 Euro pro Jahr nötig. Wir hätten eigentlich erwartet, dass dieser Betrag bereits im Haushalts-Entwurf vorgesehen ist. Die Französische Woche als kleines, interkulturell ausgerichtetes Festival soll 7.000 Euro zusätzlich erhalten. Dem Festival Enjoy Jazz sollen die 30.000 Euro Schulden erlassen werden.

3. Im Bereich des Bauwesens halten wir es für dringlich, die anhaltend große Aufgabe der Schulsanierungen mit einer Prioritätenliste zu unterstützen. Gebäudemanagement und Schulamt sollen den Sanierungsbedarf, den sie ermittelt haben, in eine Reihenfolge von Maßnahmen bringen, die der Gemeinderat dann bestätigt. Nur so können die vielfältigen Maßnahmen sinnvoll gesteuert und nur so kann die öffentliche Diskussion transparent geführt werden. Zusätzliche Mittel sind dafür im Haushalt nicht erforderlich.

4. Um die Verkehrssicherheit in der Stadt zu erhöhen, soll der Gemeindevollzugsdienst um sechs Stellen aufgestockt werden. Zum Glück müssen wir uns dabei um die erforderliche Deckung keine Gedanken machen, weil die zusätzlichen Stellen mit erhöhten Einnahmen verbunden sind. Um es klar zu stellen: Wir wollen keinen Staat, in dem an jeder Ecke ein Schutzmann oder eine Blaufrau stehen. Aber umgekehrt ist es auch nicht hinnehmbar, dass wir Regeln aufstellen, ohne ihre Einhaltung immer wieder stichprobenartig zu kontrollieren. Alle Bereiche der Stadt müssen entsprechend ihrer Beanspruchung dabei erfasst werden, sowohl für den ruhenden Verkehr wie für die Einhaltung von Geschwindigkeitsvorschriften. Wer dagegen einwendet, das sei ja nur Geldmacherei und Abzocke, muss sich fragen lassen, ob er nicht ein verkappter Reichsbürger ist.

5. Der letzte Bericht zur sozialen Lage liegt ein paar Jahre zurück. Dass er fortgeschrieben werden soll, ist allgemeiner Konsens. Wir erwarten jetzt, dass diese Fortschreibung schon im kommenden Jahr eingeleitet wird. Heidelberg hat eine niedrige Armutsquote. Niemand kann sich das als Erfolg auf die Fahnen schreiben. Es bedeutet einfach nur, dass unsere Stadt ein teures Pflaster ist, das sich viele Arme oder von Armut Bedrohte nicht leisten können. Ohnehin ist Armut mit den Mitteln der Kommunalpolitik nicht zu steuern. Unser Handeln muss sich daran messen lassen, ob wir Teilhabe ermöglichen. Der Gemeinderat war ja nicht untätig: Es gibt gute Angebote im Bereich Kinderbetreuung, wir haben das Sozialticket für den Nahverkehr und das Kulturparkett. Ob es aber gelungen ist, mit solchen Maßnahmen bessere Teilhabe zu ermöglichen und ob es dadurch gelingt, durch Fortbildungen und bessere Schulabschlüsse der Armutsfalle entgehen zu können, bedarf langjähriger sorgfältiger Erhebungen und Studien. Wir wollen den Einstieg in diese erweiterte Sozialplanung durch einen einmaligen Betrag von 50.000 Euro erleichtern, sei es für ein Gutachten oder sei es für einen Werkvertrag. Die Gewährung von Teilhabe für die sozial Schwachen ist ein Herzstück aller vorausschauenden Kommunalpolitik.

6. In allen Gehirnwindungen reizt es mich jetzt, auf die Beiträge meiner Vorrednerin und meiner Vorredner inhaltlich und kontrovers einzugehen. Und doch bin ich wohl gut beraten, darüber noch ein oder zwei Nächte zu schlafen. Mir scheint, dass die Schnittmenge der parallelen Anträge kleiner ist als vor zwei Jahren. Insofern liegt noch ein weiter Weg vor uns bis zu einem etwaigen gemeinsamen Änderungspaket. An den

v
e
r
s
c
h
i
e
d
e
n
t
l
i
c
h

a
n
g
e
b
o
t
e
n
e
n

G
e
s
p
r
ä
c
h
e
n

b
e
t
e
i
l
i